

Zuge. Nachdrücklich wird an den Auftrag der Präambel des Grundgesetzes erinnert, „in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden“. Übermäßig optimistisch wird festgestellt, dafür gäbe es „durchaus Verständnis und Unterstützung bei den Nachbarvölkern, solange wir den Weg weitergehen, den wir mit der Schaffung der Bundesrepublik Deutschland betreten haben“. Die Erklärung gipfelt in der Aufforderung, der geistigen und sittlichen Erneuerung der politischen Kultur, wie sie seit 1945 in der Bundesrepublik gelungen sei, treu zu bleiben und „mutiger und anspruchsvoller von unserer Freiheit Gebrauch zu machen und sie vor Gefährdung zu schützen“. Kaum berührt wurde in allen Erklärungen die *Schuldproblematik*, die die Kirche selbst im Zusammenhang mit dem Dritten Reich aufzuarbeiten hätte, und zwar nicht nur als Verschulden einzelner Katholiken, sondern auch als Schuld, die einen ihrer Gründe auch im zwiespältigen Verhalten von führenden kirchlichen Persönlichkeiten vor, am Beginn und während des Dritten Reiches hat. Lediglich *Hans Maier*, der Präsident des Zentralkomitees, sprach in einem Referat vor der Vollversammlung in Aachen, das im Kern ein *Rückblick auf die Situation nach Kriegsende* war, diese Problematik an und auch die Auseinandersetzung, die darüber vor allem seit den 60er Jahren stattgefunden hat. Dabei wertete er ein Zitat aus dem Hirtenbrief der Bischöfe vom 23. August 1945 („Schwere Verantwortung trifft jene, die aufgrund ihrer Stellung wissen konnten, was bei uns vorging, die durch ihren Einfluß solche Verbrechen hätten verhindern können und es nicht getan haben, ja diese Verbrechen ermöglicht und sich dadurch mit den Verbrechern solidarisch erklärt haben“) als inklusives Eingeständnis eigener Mitschuld der Kirche und führte es als Beweis dafür an, daß die Katholiken ihre eigene Mitschuld am und im Dritten Reich nie geleugnet oder apologetisch gerechtfertigt hätten. Ein klares Wort fällt in dieser Sache offenbar immer noch schwer, obwohl es vermutlich nie leichter gewesen wäre als zum jetzigen Zeit-

punkt, da pauschale und überzogene Vorwürfe gegen die Kirche in ihrem Verhältnis zum Nationalsozialismus weitgehend abgeklungen sind. *se*

Milieuerfall

Am 12. Mai fanden – per Zufall – in zwei europäischen Ländern Wahlen statt, keine nationalen, aber bedeutungsvolle. In der Bundesrepublik wurde der nordrhein-westfälische Landtag neu gewählt, in Italien fanden Gemeinde-, Teil-Provinzialwahlen und Regionalwahlen statt. Letztere waren die wichtigsten, denn außer den fünf Regionen mit Sonderstatus (Aosta, Friaul-Julisch Venetien, Trentino-Südtirol, Sardinien und Sizilien) wurde in allen Regionen gewählt. Sie ergeben wie Regionalwahlen in Italien insgesamt sehr wohl ein politisches Stimmungsbild des ganzen Landes.

Ebenso zufällig wie ins Auge springend sind zwei Daten. Die 36,5 Prozent der CDU in Nordrhein-Westfalen und die 35% der DC bei den Regionalwahlen in Italien. Das erste gilt als Desaster der CDU, das zweite als Sieg bzw. als solide Stabilisierung der DC. Am Desaster ist nicht vorbeizukommen, zumal die CDU in NRW knapp hinter ihren Stimmenanteil unmitttelbar nach dem Krieg zurückgefallen ist. Aber wie es übertrieben wäre, in der Bundesrepublik daraus auf den erneuten allgemeinen Niedergang der Union und den schon wieder fortgeschrittenen Aufstieg der SPD zu schließen, so wäre es auch verkehrt, das nicht weitere Absinken der DC schon als Stabilisierung oder gar als Sieg zu feiern.

Die DC hat sich von den großen Einbrüchen in den siebziger Jahren (der erste große Einbruch erfolgte mit nur noch 35 Prozent bei den Regionalwahlen 1975, der zweite mit nur noch 32,6% bei den Parlamentswahlen 1983) noch keineswegs erholt. Und es ist nicht sicher, ob die jetzige Zunahme von 2,6 Prozent gegenüber den Parlamentswahlen von 1983 so deut-

lich ausgefallen wäre, hätte es nicht die Angst vor dem „sorpasso“ durch die unter dem Berlinguer-Nachfolger *Alessandro Natta* wieder stärker moskauverdächtigen Kommunisten gegeben.

Es wird also gut sein, daraus keine falschen Schlüsse zu ziehen. Das gilt sowohl für Nordrhein-Westfalen wie für das „katholische“ Italien. In beiden Ländern sind jetzt Stimmen zu hören, die christlich-demokratischen Parteien müßten sich wieder mehr an ihrem kirchlich geprägten Wählerpotential orientieren, ihre liberale Verwaschenheit aufgeben. Es sei an der Zeit, die Wende nun auch so durchzuführen, wie sie gerade auch kirchlich geprägte Milieus erwartet haben: mehr Werte-Vorgaben, mehr geistige Führung, klare Entscheidungen und mehr Festigkeit, vor allem in rechtspolitischen Fragen. Und vielleicht auch wieder eine „klarere“ Sprache der Bischöfe, denn in Italien scheine diesmal die deutlichere Positionsbestimmung des Papstes und mancher Bischöfe zugunsten der „politischen Einheit der Katholiken“ der DC doch wieder mehr Stimmen gebracht zu haben. Und siehe: Kandidaten der politisch kämpferischen „Volksbewegung“, des politischen Arms von „comunione e liberazione“ auf der Liste der DC, haben sich aufgrund der für sie abgegebenen Vorzugsstimmen ja auch erstaunlich gut durchgesetzt.

Kirchlich ist ein solcher Standpunkt auch durchaus verständlich, wenn auch nicht klug, *politisch* wäre er eine völlige Fehlkalkulation. Der unaufhörliche Abstieg der CDU in Nordrhein-Westfalen und parallel im Saarland – beides Länder mit einer eindrucksvollen christlich-sozialen Tradition katholischer Prägung –, die hohen Verluste gerade in (mehrheitlich katholischen) CDU-Hochburgen sind bereits von zahlreichen Analysen aus der jüngeren Vergangenheit erhärtete Hinweise auf politisch-kulturellen Zerfall des katholischen Milieus als Wählerpotential.

Dies ist auch in Italien trotz wieder entschiedenerer Hinwendung von Teilen des organisierten Katholizismus zur DC nicht anders. Der Abstieg der

DC von der 40- auf die 30-Prozent-Marge war nicht minder Ausdruck des Zerfalls katholischen Milieus.

Wie in der Bundesrepublik die bürgerliche Abneigung gegen sozialistische Tendenzen der Union Stimmen zu führt, wenn der Eindruck entsteht, diese bewegten sich zu weit nach links, so ist in Italien die Angst der Bürger vor einer übermächtig werdenden, eher noch an Moskau orientierten Partei der viel solidere Wahlhelfer als es Papstansprachen und Hirtenbriefe sind. Der alte „Kollateralismus“, die Bindung zwischen Kirche und einer (christlichen) Partei, wirkt in Resten noch nach, aber er ist keine Hilfe mehr für Parteien, die ihre Stimmen vor allem in einem breitgestreuten, selbstbewußter gewordenen und deswegen auch zum Parteiwechsel geneigteren Bürgertum suchen müssen, und keine Hilfe für die Kirche. Ihr verstellt solche einseitige Bindung nur den Blick für das, was sich in der Gesellschaft insgesamt wandelt, und vor allem, wie es sich wandelt.

go

Stilfragen

Der amerikanische Präsident verhandelt in beide Seiten interessierenden Fragen, so hört man, lieber „direkt“ mit dem Vatikan als mit den katholischen Bischöfen der USA, die seine Politik kritisch begleiten und nach einem heiklen Friedenspapier jetzt an einer Kritik des amerikanischen Kapitalismus arbeiten. Die Zahl ablehnender Äußerungen amerikanischer Oberhirten zur Mittelamerika-Politik des Präsidenten ist längst zweistellig, und als der Erzbischof von Washington, *James A. Hickey*, wenige Tage vor der Parlamentsabstimmung über 14 Millionen Dollar *Militärhilfe* für die antisandinistische Kampftruppen einem Unterausschuß des Kongresses die Position der Kirche darlegen sollte, erklärte er im Namen der Bischofskonferenz, die Finanzierung eines bewaffneten Aufstandes gegen eine Regierung, zu der die USA diplomatische Beziehungen

unterhalte, sei „illegal und nach unserem Urteil unmoralisch“.

Einen Tag zuvor hatte Präsident Reagan in dem Bemühen, noch im letzten Moment eine Mehrheit für das militärische Engagement in Nicaragua zu gewinnen, den Papst politisch und publizistisch ins Feld geführt. Einer Konferenz über Religionsfreiheit im Weißen Haus eröffnete der Präsident am 16. April, er habe gerade eine mündliche Botschaft von *Johannes Paul II.* erhalten, „in der er mich ermutigt, mit meinen Bemühungen in Mittelamerika fortzufahren“. Am darauffolgenden Tag präzisierte der Präsident vor Journalisten seine Aussage dahingehend, der Papst unterstütze „voll alle unsere Aktivitäten in Mittelamerika“. Auf die Frage eines Journalisten, ob dies auch für die militärischen Aktivitäten gelte, antwortete Reagan: „Ich möchte nicht in Einzelheiten gehen, aber er befürwortet alle unsere Aktivitäten.“

Die Apostolische Nuntiatur in Washington reagierte noch am selben Tag mit der Klarstellung, eine „Rückendeckung für militärische Aktivitäten der USA in Mittelamerika“ durch *Johannes Paul II.* sei völlig auszuschließen. Am darauffolgenden Tag wurde im Vatikan ein Kommuniqué veröffentlicht, das die diplomatischen Kontakte zwischen der amerikanischen Regierung und dem Vatikan zur Mittelamerika-Politik der USA wie folgt schildert: Der Papst sei am 4. April über den Vorschlag Reagans zu einem internen Waffenstillstand in Nicaragua wenige Stunden vor dessen Bekanntgabe durch ein persönliches Schreiben Reagans und einen Anruf von US-Sicherheitsberater *Robert McFarlane* bei Kardinalstaatssekretär *Agostino Casaroli* informiert worden. Daraufhin habe der Vatikan sofort mit der Nicaraguanischen Bischofskonferenz Kontakt aufgenommen, die ihre am 22. März erklärte Bereitschaft, in einem Dialog zur Befriedung des Landes zu vermitteln, bestätigte. Am 13. April habe der Papst dann eine Gruppe amerikanischer Senatoren unter Leitung von *Robert Dole* empfangen, der ihm ein zweites persönliches Schreiben Reagans überbracht habe.

An diese Senatoren habe *Johannes Paul II.* eine Ansprache gerichtet. Weitere Botschaften des Papstes lägen, so das Kommuniqué, nicht vor.

Nach dieser vatikanischen Klarstellung bleibt also offen, auf welche „über diplomatische Kanäle“ übermittelte Papstbotschaft sich der amerikanische Präsident berufen hat. Die Abstimmung vom 24. April brachte dem Präsidenten eine Niederlage im Repräsentantenhaus ein, obwohl Reagan noch im letzten Moment zugesagt hatte, die Mittel ausschließlich für „humanitäre“ Zwecke verwenden zu wollen.

Eine Woche später ließ der amerikanische Präsident während seines Staatsbesuchs von deutschem Boden aus dann noch das *amerikanische Handelsembargo* gegen Nicaragua bekanntgeben, ohne daß die Bundesregierung darüber, das heißt über den Ort der Bekanntgabe, informiert gewesen wäre. Die möglicherweise zutreffendste Interpretation dieses Vorgangs verlautete aus der Umgebung Reagans: der amerikanische Präsident sei gar nicht auf die Idee gekommen, auf das kleine Gastland derlei diplomatische Rücksichten zu nehmen. Es scheint so, als ob die von Präsident Reagan stets propagierte „Politik der Stärke“ gelegentlich für Stilfragen unempfindlich macht. Man wird weder die Bundesregierung noch den Papst übertriebener Sympathien für das sandinistische Regime in Nicaragua zeihen können. Aber anders und differenzierter als der amerikanische Präsident beurteilen sie die Lage in Mittelamerika allemal. Ein so plumper Instrumentalisierungsversuch veranlaßte den Vatikan, den amerikanischen Präsidenten quasi Lügen zu strafen (die anderweitig befaßte Bundesregierung entschied sich für diplomatisches Schweigen). Kirchlich hat der Präsident ganz entgegen seiner Absicht erreicht, daß die amerikanischen Bischöfe und der Vatikan, in Mittelamerika und auch sonst nicht immer auf einer Linie, am gleichen Strang gezogen haben, erklärte doch Erzbischof Hickey, er denke nicht, daß die Position des Papstes sich von der der Kirchenführung in den USA unterscheide.

bu